

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

FREIHEIT UND AUTORITÄT IN UNSEREM STAAT

Ein Bericht über die 15. Bundestagung
Peter Egen

Die 15. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU fand in der Zeit vom 20. bis 22. März 1969 in Düsseldorf statt. Mehr als 600 Teilnehmer waren aus dem gesamten Bundesgebiet in der nordrhein-westfälischen Landesmetropole zusammengekommen, um sich in zweitägigen Beratungen mit dem Leitthema dieser Tagung "Freiheit und Autorität in unserem Staat" auseinanderzusetzen. In drei Hauptvorträgen legten Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg, Professor Dr. Paul Mikat, MdL, und Professor Dr. Waldemar Besson die geistige Basis für die Gesamthematik. Diese Gedankengänge wurden anschließend in sechs Arbeitskreisen - bezogen auf aktuelle Gegenwartsprobleme - vertieft. Im Mittelpunkt dieser Gesprächskreise stand bewußt - wie es bereits im Grußwort des Vorsitzenden des EAK, Bundesminister Dr. Gerhard Schröder, hieß - "das offene freimütige Gespräch über die grundsätzlichen und aktuellen Probleme unseres Gemeinwohls."

Das Treffen der Unionsprotestanten wurde durch ein Gespräch mit evangelischen Theologen über das Thema "Wir Protestanten und die Bundesrepublik Deutschland" eröffnet. In diesem Rundgespräch erklärte Professor D. Dr. Helmut Thielicke, daß die Protestanten in der Bundesrepublik gleichzeitig die staatsfrömmsten und die aufsässigsten Komponenten des Staates seien. Wahrscheinlich, so meinte Thielicke, hänge das u.a. mit Luthers Lehre von den "zwei Reichen" zusammen; aber auch mit dem "Ersatz des Staates durch die Gesellschaft". Studentenpfarrer Martin Stöhr (ESG-Darmstadt) behauptete am Eröffnungsabend, daß die Jugend genug habe von Ordnung und Ruhe. Politische Akzente des Gesprächs setzten Staatssekretär Gerd Lemmer, Dr. Konrad Kraske, MdB, und Bundesgeschäftsführer der CDU sowie der Vorsitzende des EAK Württemberg, RA Arved Deringer, MdB. Dr. Kraske stellte fest, daß die aktiven evangelischen Politiker an ihre Kirche die Frage stellen müßten, ob sie ihnen die Hilfe geleistet habe, die die Bundesrepublik von der evangelischen Kirche hätte erwarten können. Wenn auch die CDU-Politiker einräumten, daß die-

Nr. 4/5

8. Mai 1969

AUS DEM INHALT

Freiheit und Autorität in unserem Staat	1
Spannungsreicher Kirchentag Eberhard Stammler	4
Wohin steuert unsere Wirtschaftspolitik? Ernst Müller-Hermann	5
Raumordnung und Landes- planung Horst Waffenschmidt	7
Pfarrer und Parteipolitik Hans Roser	9
Leserbriefe	11
Die 15. Bundestagung im Spiegel der Presse	16

ser Staat nicht perfekt sei, so engagierten sie sich doch mit Vehemenz dafür, daß es bisher in Deutschland noch kein Staatsgebilde gegeben habe, daß der Grundforderung eines Rechts- und Sozialstaates so nahegekommen sei, wie die Bundesrepublik Deutschland. Die Leitung des Theologengesprächs hatte Kultusminister Professor D. Dr. Wilhelm Hahn aus Stuttgart.

Durch Referate und Diskussionen zog sich wie ein roter Faden die Auseinandersetzung mit der studentischen Protestbewegung, für die es viele und doch kaum schlüssige Interpretationen gibt. Bei einer Analyse über die radikalen Studenten plädierte dann in seinem Vortrag "Freiheit und Autorität in unserem Staat" Bundesforschungsminister Dr. Gerhard Stoltenberg für das Wagnis eines neuen Anfangs in der Diskussion, bei dem Gegensätze nicht verwischt aber auch nicht übersteigert werden sollten. Stoltenberg zog Bilanz: "Was wir von manchen deutschen Kathedern an summarisch abwertenden Bemerkungen über den Bonner Staat, die Parteien, das Parlament und die gesellschaftlichen Strukturen hören mußten, hat nicht zur politischen Urteilsfähigkeit der studentischen Jugend beigetragen"; dem Enthusiasmus und lebhaften publizistischen Echo auf den Protest der linksradikalen Studenten folgt nach den Worten Stoltenbergs seit kurzem eine starke Ernüchterung.

Der frühere nordrhein-westfälische Kultusminister Professor Dr. Paul Mikat (Vortragsthema: Zum demokratischen Verständnis von Staat und Gesellschaft) bezeichnete die Sicherung der freiheitlichen Ordnung als die entscheidende Aufgabe des Staates. Nachdrücklich unterstrich er, auch eine politische Partei mit absoluter Mehrheit im Parlament sei verpflichtet, bei ihren Entscheidungen politische Minderheiten zu berücksichtigen.

Professor Dr. Waldemar Besson (Vortragsthema: Freiheit ohne Autorität? - Gesellschaft ohne Herrschaft -) nannte die Außerparlamentarische Opposition schlicht "Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft". Autorität sei das Wort "das sie am meisten hassen, herrschaftsfreier Raum das, was sie am meisten lieben." Besson stellte klar, daß niemand in unserem Lande uns davon abbringen kann, zu wissen, daß es eine Gesellschaft mündiger Menschen ohne kontinuierliche Institutionen politischer Autorität nicht gibt.

Es würde zu weit führen, hier im einzelnen über die Diskussionen in den sechs Arbeitskreisen, die sich mit Fragen der Hochschulreform, der Mitbestimmung, der Familienpolitik, der Stellung der Massenmedien im Staat und der Reform des Grundgesetzes befaßten, zu berichten. Besonderes Interesse fanden die Arbeitskreise, die sich mit den Fragen der Mitbestimmung und der Unruhe an unseren Hochschulen befaßten. Im Gesprächskreis VI: "Wer bestimmt im Betrieb" wurde die Diskussion durch unterschiedliche Äußerungen von Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerseite geprägt. Dr. Philipp von Bismarck, Landesvorsitzender des EAK Hannover und Bundestagskandidat der CDU für den 28. September 1969, wies auf die Gefahr in den Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaft hin, daß die gesamte Wirtschaft der totalen Willensaufsicht der Gewerkschaft unterstellt werde - denn so verlören die Arbeitnehmer ihre innere Freiheit. Der Bundestagsabgeordnete Russe hielt seinen Gesprächsteilnehmern, die für Ruhe und Abwarten plädierten, entgegen: "Die Forderung nach Mitbestimmung kann nicht länger aufgeschoben werden." Gerhard Schlosser von der Evangelischen Akademie Bad Boll assistierte: "Die Behauptung, die paritätische Mitbestimmung verhindere die Marktanpassung des Unternehmers, ist falsch." Am Ende der Diskussion waren sich die Teilnehmer einig in der Auffassung, daß der Evangelische Arbeitskreis das in Düsseldorf im Hinblick auf Fragen der Mitbestimmung begonnene Gespräch in Zukunft fortsetzen müsse.

"Über die Freiheit an unseren Hochschulen" äußerten sich der Bonner Politologe, Professor Dr. Jacobsen, der Kanzler der Ruhr-Universität, Dr. Wolfgang Seel, der Marburger Dozent Dr. Amelung und Ingo Berner

(RCDS). Dr. Hanna Walz, MdL, Expertin in kulturpolitischen Fragen, führte sicher und gut durch die lebendige Vielzahl der entgegengesetzten Äußerungen, die zu diesem Thema vorgebracht wurden. In der Berichterstattung aus den Arbeitskreisen heißt es zu diesem Problemkreis: "Hochschule und Gesellschaft, Freiheit und Ordnung: Fragen über Fragen also, und keine Lösung. Doch einige Denkansätze, die verfolgenswert sind. Außerdem das Empfinden, daß Dialoge zwischen Jungen und Alten trotz einiger Verständigungsschwierigkeiten möglich sind und zum Schluß die Feststellung, daß, wenn auch zaghaft, etwas getan wird." Dieses Ergebnis zeigt, daß es keine Wunderlösung gibt. Das Ringen um eine echte Synthese, die als Ausgang der Neugestaltung des gesamten Hochschulwesens dienen könnte, ist leider noch nicht greifbar. So bleibt nur die Hoffnung, daß die Vernunft sich auf beiden Seiten durchsetzt.

Auf der öffentlichen Schlußkundgebung des Arbeitskreises betonte Dr. Gerhard Schröder vor mehr als 1500 Zuhörern mit Nachdruck, daß über die Sicherheit der Bundesrepublik auch beim Nachlassen der Ost-West-Spannungen nicht zu diskutieren sei. Auch ein wiedervereinigtes Deutschland, so sagte der Minister, werde sein Sicherheitsproblem haben. Zum Schluß seiner Ausführungen rief der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises zum vertrauensvollen und offenen Gespräch mit der Jugend auf. "Denn die heranwachsende Generation wird in die Verantwortung gelangen. Die Jugend wird gewiß ihre eigene Betrachtungsweise haben. Wir dürfen es aber nicht unterlassen, ihr auch den Zugang zu den geschichtlichen Lehren und Erfahrungen offenzuhalten, sondern das Miteinander aller müssen wir anstreben."

Neben Schröder sprach auf der Schlußkundgebung Bundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger, der die CDU zur Zusammenfassung ihrer Kräfte aufrief, um das große Werk der Finanzreform im zweiten Durchgang durch den Vermittlungsausschuß noch zu einem guten Ende zu bringen.

Zur Eröffnung der Tagung, deren geistig-ideologische Ausstrahlungskraft für das Selbstverständnis der Union nicht zu unterschätzen ist, hatten in Grußworten CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck, der rheinische CDU-Vorsitzende Konrad Grundmann sowie für die CSU Bundesminister Dr. Werner Dollinger die Bedeutung des Evangelischen Arbeitskreises für die Gesamtpartei unterstrichen. Der Generalsekretär dankte Bundesminister Dr. Schröder dafür, daß er in hervorragender und nobler Weise die CDU/CSU als Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl repräsentiert habe. Wörtlich sagte Dr. Bruno Heck: "Wir waren bereit, den Besten für das erste Amt zur Verfügung zu stellen, heute wissen wir es zu schätzen, daß wir Gerhard Schröder für den 28. September immer noch unter uns haben."

Im Rückblick auf die Tagung kann man Ulrich Frank-Planitz nur zustimmen, wenn er in "Christ und Welt" schreibt

"daß es den Unions-Protestanten mit dem Motto der diesjährigen Bundestagung "Freiheit und Autorität in unserem Staat" gelungen ist, den Evangelischen Arbeitskreis zum geistigen Forum der CDU/CSU" zu gestalten.

Dieses Forum - bereit zum Gespräch und zur offenen Diskussion, ist heute innerhalb der Union integrierter Bestandteil protestantisch-politischer Auffassung geworden, dessen Anliegen es insbesondere ist, sich in Zusammenarbeit mit der jüngeren Generation der geistigen Basis des Unions-Gedankens bewußt zu werden.

SPANNUNGSREICHER KIRCHENTAG

Eberhard Stammler

Immer schon galt der Evangelische Kirchentag als ein empfindliches Barometer für die Wetterlage im deutschen Protestantismus. Das gilt in besonderer Weise auch für das Stuttgarter Treffen, das zum 14. Mal vom 16. bis 20. Juli stattfinden wird. Der Kirchentag zeichnet sich ja dadurch aus, daß er nicht unter das offizielle Dach der Kirche eingebaut ist, sondern sich "unter freiem Himmel" entfalten kann. Das gewährt ihm eine größere Beweglichkeit und gibt ihm die Chance, auf aktuelle Strömungen rasch zu reagieren. Auch wenn er wohl nicht mehr vornehmlich als Laienbewegung zu verstehen ist, hat er doch einen offenen, mutigen Blick für die Probleme der Welt entwickelt und bewahrt.

Das gilt auch für den Stuttgarter Kirchentag, der unter die Losung "Hungern nach Gerechtigkeit" gestellt werden soll. Während sich das letzte Treffen in Hannover dem immer erregender werdenden Problem des Friedens gestellt hatte, wird nun die nicht minder aktuelle Frage nach der sozialen Gerechtigkeit im Vordergrund stehen. Dabei richten sich die Blicke nicht nur auf das Spannungsfeld der Dritten Welt, sondern auch auf unsere eigenen politischen Strukturen. Das soeben erschienene Vorbereitungsheft gibt zu erkennen, daß unsere Demokratie, ihre Funktionsfähigkeit und auch ihre Gefährdungen, ein wesentliches Thema der dort zu leistenden Arbeit sein dürfte - wie überhaupt die kritische Anfrage gegenüber dem, was uns selbstverständlich erscheint, eine wesentliche Rolle spielen wird.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß die Proteststimmung, die sich in der jungen Generation breit gemacht hat, auch das Klima und die Akzente des Kirchentages mitbestimmen wird. Man wirft ihm deshalb zwar gerne vor, er habe sich zu weit nach links orientiert, aber mit diesem Urteil wird man ihm wohl nicht gerecht. Denn einerseits muß er - wenn er seinen aktuellen Charakter behalten will - jene Stimmen aufgreifen und zur Geltung bringen, die auf energische Reformen im gesellschaftlichen und kirchlichen Leben drängen, und auf der anderen Seite sind in ihm so viel Kräfte und Bremsen der Tradition eingebaut, daß er gegenüber der Versuchung von politischen Abenteuern ausreichend gesichert sein dürfte. Allerdings ist es nicht unwahrscheinlich, daß dieses Mal die kritische Generation mit gezielten Aktionen auf den Kirchentag einzuwirken sucht, und es kann darum an einigen Stellen zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen.

Von erheblichen Auseinandersetzungen war allerdings schon die Vorbereitungszeit überschattet. Sie wurden durch den konservativen Flügel des Protestantismus ausgelöst - durch die pietistischen Gruppen, die sich in der Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" gesammelt haben. Schon angesichts der letzten Kirchentage hatte diese Gruppe ihren Protest gegen die moderne Theologie, die auf diesen Veranstaltungen dominierte, geltend gemacht. Dieses Mal nahmen die Vorverhandlungen teilweise einen so harten Charakter an, daß sich der württembergische Synodalpräsident Klumpp veranlaßt sah, deshalb sein kirchliches Amt niederzulegen. Immerhin hat man sich nun zu

einem Kompromiß durchgekämpft, der den Repräsentanten der so entgegengesetzten theologischen Positionen die Gelegenheit gibt, nebeneinander in der Arbeitsgruppe "Streit um Jesus" ihre Auffassung vorzutragen. Daß es dabei zu einer Verständigung kommt, ist allerdings kaum anzunehmen, zumal die pietistische Gruppe von vornherein ein solches Bemühen ablehnen dürfte. Übrigens allein schon die Tatsache, daß die Bergpredigt mit ihrer Dynamik als biblischer Hintergrund für die Sachdiskussionen gewählt wurde, wird diesem Treffen einigen Zündstoff verleihen.

So wird nun gerade der Stuttgarter Kirchentag die Spannungen widerspiegeln, die gegenwärtig den Protestantismus in Bewegung halten, und darum war es wohl auch sinnvoll, dieses Mal für die Arbeitsgruppen möglichst offene Gestaltungsformen zu wählen. Sie entsprechen dem offenen Prozeß, in den heute alle Kirchen geraten sind und der in Stuttgart vielleicht um ein Stück weitergeführt wird.

WOHIN STEUERT UNSERE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ernst Müller-Hermann

Dr. Ernst Müller-Hermann, 53, MdB, ist Stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages sowie Vorsitzender der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen. Ernst Müller-Hermann hat sich besonders um den Aufbau der CDU Bremen, deren Mitbegründer er 1946 war, verdient gemacht. Er steht dem Landesverband Bremen der CDU vor und arbeitet seit Jahren aktiv innerhalb des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU mit und ist Mitglied im Bundesarbeitskreis.

Unsere heutige Wirtschaftspolitik braucht zweifellos ein differenzierteres, flexibleres und feinnervigeres Instrumentarium als in der Aufbauzeit der Nachkriegsjahre. Die Dynamik und Überlegenheit unseres marktwirtschaftlichen Systems beruht nach wie vor darauf, daß Millionen unabhängig voneinander tätiger Wirtschaftssubjekte den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens bestimmen, und daß das Prinzip des Wettbewerbs einen ständigen Leistungsansporn darstellt. Andererseits fällt dem Staat mit der Vorsorge für die Infrastruktur und mit der wachsenden Verantwortung für die Zukunftssicherung in einer Zeit immer schnellerer und größerer Veränderungen eine immer wichtiger werdende Aufgabe zu. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, bedarf es einer Politik der tendenziellen Marktbeeinflussung, nicht aber - und darin liegt in der Zukunft eine echte Gefahr - eines Instrumentalismus in der Wirtschaftspolitik.

Von den Instrumentalisten, die alles und jedes - selbst das Marktergebnis - für "machbar" und dirigierbar halten, geht ein Einfluß aus, der gerade die dynamischen Impulse unserer Wirtschaft ernstlich beeinträchtigt.

Der Begriff Globalsteuerung weckt bereits allzu leicht die Vorstellung, die Wirtschaft ließe sich ohne Schäden nach dem Belieben oder den Erwägungen einer zentralen politischen Instanz dirigieren. Das ist mit dem Begriff zwar nicht gemeint, aber die Abgrenzung zwischen "steuern" und "dirigieren" ist schwer zu ziehen, und die Versuchung, vom grünen Tisch, von der Verwaltung her, wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen, die an sich den Unternehmen oder dem Markt zukommen, ist nicht zu unterschätzen. Die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems beruht auf der unternehmerischen Initiative, auf dem Mut zum Wagnis, aber auch auf der Marktnähe der unternehmerischen Entscheidung, auf der unmittelbaren Einflußnahme des Verbrauchers auf das Marktgeschehen. Auch auf dieser Ebene gibt es die Gefahr von Fehlentscheidungen, sie ist aber unwahrscheinlicher, als wenn die Marktabläufe von "hoher Warte" geplant und den Marktteilnehmern aufgenötigt werden. Das wirtschaftliche Geschehen unterliegt keinen Naturgesetzen.

Deshalb kann es niemand in Erstaunen versetzen, wenn sich wissenschaftlich "richtige" Theorien in ihrer Anwendung oft als unpraktikabel erweisen. Sie können psychologische, emotionale, irrationale Faktoren nicht genügend berücksichtigen.

Oft genug beobachten wir ja auch, daß die Kräfte des Marktes gegen die Theorie handeln.

Eine Politik der tendenziellen Marktbeeinflussung kann auf eine kontinuierliche und langfristige Finanz- und Wirtschaftsplanung nicht verzichten. Sie muß sich mit den Mitteln, die Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stellen, einen umfassenden Überblick über die Zukunftserwartungen verschaffen und diese Prognosen den in Wirtschaft und Gesellschaft Handelnden als Orientierungshilfen anbieten. Darüber hinaus muß die Politik auch selbst handeln, indem sie mit einem marktkonformen Instrumentarium im Vorfeld der Marktabläufe auf die Wirtschaftsentwicklung Einfluß nimmt: kurz- und mittelfristig in Richtung auf eine gleichmäßige Wirtschaftsentwicklung, die konjunkturelle Überhitzungen und Rückschläge vermeidet, mittel- und langfristige in Richtung auf strukturelle Anpassung sowohl sektoraler als auch regionaler Art.

ZUR AUSEINANDERSETZUNG MIT LINKS UND RECHTS

Nicht unbedingt Verbote, sondern bessere Argumente sollten für uns - die wir uns zum demokratischen Rechtsstaat bekennen - in der Auseinandersetzung mit den radikalen Kräften, welche von rechts und links unsere Demokratie bedrohen - bestimmend sein.

Unterlagen für die Diskussion mit Vertretern links- und rechtsradikaler Kreise erhalten Sie (kostenlos) bei der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn, Berliner Freiheit 7 - (u.a. H. Bärwald - Die DKP - Ursprung, Weg, Ziel; G. Schmidt - Die Weltanschauung der neuen Linken; Rechtsradikalismus in der BRD im Jahre 1967; Das Programm der NPD - ein Programm der roten Zahlen; G. Schmidt: Ideologie und Propaganda der NPD.)

Bei Ihrer Bestellung können Sie gern auf diesen Hinweis in der "Evangelischen Verantwortung" Bezug nehmen.

Horst Waffenschmidt

Dr. Horst Waffenschmidt, 35, MdL, ist seit 1967 Stellvertretender Vorsitzender der CDU Rheinland. Bereits 1964 wurde er zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland gewählt - diese Funktion übt er auch heute noch aus. Darüber hinaus arbeitet er aktiv in der evangelischen Jugend und Gemeinschaftsarbeit mit. - Beruflich ist Horst Waffenschmidt seit 1964 Gemeindedirektor der Gemeinde Wiehl im Oberbergischen Kreis.

Die Fragen der Raumordnung und Landesplanung sind in den letzten Monaten in den Vordergrund der politischen Diskussion innerhalb der Bundesrepublik gerückt. Die Bundesregierung erstattet Raumordnungsberichte, die Länder erarbeiten Landesentwicklungspläne und machen sie zu Entscheidungsgrundlagen für die Entwicklungspolitik in den einzelnen Räumen der Bundesrepublik.

Wie ist es zu erklären, daß diese politischen Aufgaben in so starkem Maße an Aktualität und Bedeutung gewonnen haben?

Ich bin der Ansicht, daß es hierfür vor allem drei Begründungen gibt:

- 1. Es ist uns in der Bundesrepublik deutlich geworden, daß wir mit dem zur Verfügung stehenden Raum im Hinblick auf unsere Einwohnerzahl und die Bevölkerungsdichte in der Zukunft sehr sorgfältig planen und den uns gegebenen Raum nach größeren Zielvorstellungen nutzen müssen.*
- 2. Die Aufgaben der Daseinsvorsorge für den Bürger haben im staatlichen und kommunalen Bereich sprunghaft zugenommen. Dies wird insbesondere deutlich im Hinblick auf die Wohnungsbauförderung und das Siedlungswesen, bei dem Bau und der Unterhaltung kultureller und sozialer Einrichtungen und bei der notwendigen Vorsorge im Bereich des Gesundheitswesens.*
- 3. Eine funktionsfähige Grundinfrastruktur, z.B. insbesondere im Verkehrswesen, ist heute von herausragender Notwendigkeit für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft, für die wirtschaftliche und soziale Attraktivität ganzer Landschaften und für die Mobilität unserer modernen Gesellschaft.*

Für die Erfüllung dieser Aufgaben müssen Bund, Länder und Gemeinden erhebliche Investitionsmittel aufbringen und einen nach modernen technischen Gesichtspunkten ausgerüsteten Verwaltungsapparat bereithalten. Dieser notwendige Einsatz öffentlicher Mittel verlangt eine Ausrichtung auf Schwerpunkte und eine Gesamtvorstel-

lung von den aktuellen Gestaltungsmöglichkeiten in den einzelnen Lebensräumen unseres Landes. Raumordnung und Landesplanung sollen und müssen die Voraussetzungen untersuchen und darstellen, um mittelfristige Vorstellungen von der Nutzung des Raumes zu erreichen. Sie werden damit zugleich zu sehr wesentlichen Orientierungspunkten für alle wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der öffentlichen Hand. Darum wird in den meisten Raumordnungsgesetzen und Landesplanungsgesetzen bewußt auch diesen Kräften und Gruppen Gelegenheit gegeben, die Ziele der Raumordnung und Landesplanung mit zu entwickeln und zu gestalten.

Eine praktische Zielsetzung der Landesplanung ist es, die Leistungskraft und Attraktivität der verschiedenen Teilräume unseres Landes zu stärken und soweit als möglich zu garantieren. Z.B. sollen durch den Ausbau zentraler Orte mit leistungsfähigen kulturellen und sozialen Einrichtungen die Lebensverhältnisse in den ländlichen Bereichen der Bundesrepublik verbessert werden. Die Planung für die Ballungsräume muß vor allem gewährleisten, daß unsere Großstädte auch für die Zukunft ihre Funktion als Oberzentren des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens erfüllen können. Dazu gehört in ganz besonderem Maße eine Zusammenarbeit zwischen Verkehrsplanung und Stadtplanung.

Raumordnung und Landesplanung können mit ihren Mitteln viele positive Aspekte in unsere gesellschaftliche Entwicklung hineintragen, aber unsere Betrachtungsweise wäre einseitig, wenn man die Gefahren übersehen wollte, die zugleich entstehen. Wir dürfen über Raumordnung und Landesplanung nicht noch mehr als wir es ohnehin schon sind, zu einer "verplanten Gesellschaft" werden. Diese Gefahr entsteht, wenn die Landesplanung in ihrer Tätigkeit zu intensiv wird und in die Versuchung gerät, Vorgänge des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bis in die letzten Einzelheiten vorplanen zu wollen. Es muß immer wieder deutlich gemacht werden, daß die Raumordnung nur Orientierungspunkte und Leitvorstellungen erarbeiten sollte und daß genügend Spielraum bleiben muß für die Selbstverwaltung in unseren Gemeinden und Kreisen und für die freien Antriebskräfte im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Die Landesplanung kann ausgezeichnete Grundlagen dafür liefern, das notwendige Spezialwissen und die heute notwendigen Spezialeinrichtungen in der arbeitsteiligen Gesellschaft einzusetzen. Sie muß jedoch ständig zugleich die Doppelfunktion erfüllen, das notwendigerweise spezialisierte wieder für den gesamten Raum und für die gesamte Gesellschaft anschaulich zu erhalten. Recht verstanden muß sie immer die Basis liefern für Spezialisierung und Partnerschaft zugleich.

Wenn wir diese Aufgaben der Raumordnung und Landesplanung überschauen, wird uns deutlich, wie weit sie in die Vorgänge von Staat und Gesellschaft eingreifen. Deshalb verdienen sie die verstärkte Beachtung aller.

Es darf hier z.B. mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich in zunehmendem Maße die Evangelischen Landeskirchen und auch die einzelnen Diözesen der Katholischen Kirche mit den Fragen der Raumordnung beschäftigen, bis hinein in die Neuorganisation ihrer eigenen Kirchengemeinden. Auch die CDU wird sich in den kommenden Jahren in verstärktem Maße mit allen Fragen der Raumordnung und Landesplanung zu beschäftigen haben.

Hans Roser

Hans Roser, 38, ist evangelischer Landjugendpfarrer für Bayern. Seit 1949 ist Hans Roser Mitglied der CSU. Er war bereits mehrere Jahre im geschäftsführenden Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CSU tätig - bevor er zu Beginn dieses Jahres zum ersten Vorsitzenden des Arbeitskreises gewählt wurde. Auf Grund dieser Wahl ergab sich eine Kontroverse - doch lassen wir hierzu Pfarrer Hans Roser selbst berichten:

Dürfen sich Pfarrer so politisch engagieren, daß sie in einer Partei ein Wahlamt übernehmen? Um diese Fragen kam es jüngst wieder einmal zu einer lebhaften Diskussion, in deren Verlauf die einschlägigen Kirchengesetze ebenso zur Debatte standen wie ein kritisch zu hinterfragendes Verständnis von der Funktion des Pfarrers und der Parteien.

Anlaß war meine Wahl zum neuen Vorsitzenden des evangelischen Arbeitskreises der CSU. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Albrecht Haas - ehemals Justizminister in München - fragte daraufhin den bayerischen Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger DD., ob ich nicht durch die Übernahme dieses Amtes die Bestimmungen über die politische Betätigung der evangelischen Pfarrer Bayerns verletzt habe. Er bezog sich dabei auf das Kirchengesetz vom 23. September 1950, in dem es heißt:

daß die Geistlichen "um der rechten Ausübung ihres Dienstes willen... in der Öffentlichkeit nicht als aktive Anhänger einer bestimmten politischen Partei oder eines bestimmten politischen Programms hervortreten sollen."

In seiner Antwort wies der Landesbischof auf diesen Passus hin, machte aber darauf aufmerksam:

"Rechtliche Maßnahmen, die das kirchliche Amt eines Pfarrers betreffen, erlaubt und gebietet das Kirchengesetz freilich erst dann, wenn der Pfarrer sich als Kandidat für das Organ einer politischen Körperschaft aufstellen läßt, das heißt für einen Gemeinderat, einen Kreistag, Landtag usw." Roser sei allerdings "entsprechend der Soll-Bestimmung des Kirchengesetzes mit starkem Nachdruck auf die nicht einfache Situation aufmerksam gemacht worden, in der er sich nunmehr befindet."

In der öffentlichen Diskussion, die sich entspann, konnte ich hervorheben, daß ich bereits im vergangenen Jahr Landesbischof Dietzfelbinger von meiner Nominierung zum Landesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CSU unterrichtete und dessen Zustimmung zur Übernahme des Amtes für den Fall der Wahl einholte. Meine endgültige Bereitschaft zur Kandidatur hatte ich vom Verlauf und Ergebnis dieses Gespräches abhängig gemacht - dies, wie ich betonte, im Bewußtsein der spannungsreichen Situation, in der ich durch den Vorsitz geraten könne. Zur Annahme der Wahl entschloß ich mich jedoch vor allem auch deshalb, weil der Evangelische Arbeitskreis eine wichtige Nahtstelle zwischen Kirche und Politik darstellt.

Und das ist in der Tat der Punkt, an dem die Diskussion des Grundsätzlichen zu beginnen hat - eine Diskussion, die durch Hinweise auf Paragraphen nicht vorschnell erstickt werden darf. Wer parteipolitische Abstinenz der Pfarrer fordert, unterstellt, Kirche sei an sich unpolitisch. Sie war es nie, wie ein Blick auf ihre Geschichte lehrt. Eng verflochten mit den Verhältnissen der jeweiligen Zeit, handelt sie stets als Teil in der Welt, als Partei in der Welt. Kirche als politische Größe meint natürlich nicht, daß sie sich als Institution mit parteipolitischen Programmen zu identifizieren hat, wohl aber, daß sie mitleidend und mitdenkend, kritisch und anregend den Gesellschaftsprozess verfolgen muß. Dieses Erkenntnis kann sich auf Karl Barth und auf eine Reihe bedeutender Theologen der Gegenwart stützen. Für den einzelnen Christen besteht die Notwendigkeit des direkten Engagements in der Welt. Der verantwortungsbewußte Pfarrer wird ihn dazu ermutigen, ja durch seine Person ein Beispiel setzen und so den Makel abzubauen helfen, der politischem Einsatz weithin anhaftet. Nur so läßt sich auch der verbreiteten Meinung entgegenwirken, Kirchenchristen verstünden nichts von politischem Geschehen und wollen davon nichts verstehen. Wer den Pfarrer ausschließlich auf sein "geistiges Amt" verweist, geht von diesem Vorurteil aus und bestärkt es neu. Herauskommt ein Pastor, der am Sonntag als Zeremonienmeister dient und sich ansonsten aus der Welt ausgekreist sieht.

Politischer Gestaltungswille kann in der Bundesrepublik nur über die Parteien verwirklicht werden. Hiervon darf keine Berufsgruppe ausgeschlossen bleiben. Geschieht es doch, bringen sich die Parteien um die Möglichkeit, als Verantwortungsträger für die Gestaltung des gesamten Gemeinwohls verstanden zu werden. Daß ein engagierter Pfarrer so gut wie ein Jurist, Lehrer oder Arzt in derselben Situation allen, die ihn brauchen, dient, ist eine Sache seiner persönlichen Integrität und der gesellschaftlichen Reihe. Hierauf mit zu achten, ist der jeweiligen Partei aufgetragen. Daß gegenwärtig Vorurteile das politische Wirken kirchlicher Amtsträger - übrigens auch anderer Berufe - problematisch machen, darf nicht Anlaß sein, diese Gegebenheiten zur Norm zu erheben und durch rechtliche Regelungen Schranken zu setzen, weil eben die Verhältnisse so sind. Vielmehr gilt es, die Erziehungsaufgabe wahrzunehmen, die daraus erwächst; sie betrifft die Mandatsträger - hier die Pfarrer - ebenso wie die gesamte Gesellschaft, in unserem Fall die kirchlichen Gemeinden.

Das verlangt allerdings die Bereitschaft zu einer grundsätzlichen Besinnung ohne hintergründige Manöver, die angesichts der Bundestagswahl zwar naheliegen, aber die eigentliche Fragestellung doch vernebeln; denn die von dem FDP-Abgeordneten Haas hervorgerufene Diskussion um die Zulässigkeit politischen Engagements der Geistlichen bekommt eine reichlich pikante Note, bedenkt man, daß die FDP vor einiger Zeit mit einem evangelischen Jugendpfarrer in Bayern wegen der Übernahme einer Kandidatur für den Bundestag verhandelte.

Wie die Redaktion der "Evangelischen Verantwortung" bereits in den vorhergehenden Ausgaben des Blattes eingehend darlegte, soll die Publikation des Evangelischen Arbeitskreises insbesondere ein Forum der offenen Aussprache sein.

In der Zwischenzeit gingen uns aus unserem Leserkreis verschiedene Stellungnahmen zu einzelnen, in der "Evangelischen Verantwortung" bisher behandelten Themenkreise zu. Die "Evangelische Verantwortung" wird auch in Zukunft bewußt die offene Diskussion in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen, denn wir glauben, daß nur durch einen echten Austausch konträrer Meinungen die Möglichkeit gegeben ist, im eigenen Denkprozeß zur persönlichen Stellungnahme zu gelangen.

Auf den folgenden Seiten bringen wir daher Briefe aus unserem Leserkreis zur Diskussion.

Kirchenrat Dr. Reinhard Mumm aus München schreibt, daß der Beitrag "VOR DEM ENDE DER EKD", den die "Evangelische Verantwortung" in der Februar-Nummer auf Seite 3 brachte, seines Erachtens die Sache nicht richtig traf. Er schreibt:

"Der kurze Kommentar von E. Stammer bedarf der Korrektur. Die Einsichten unter 1 und 2 mag man gelten lassen. Keinesfalls resultiert aus ihnen die innere Notwendigkeit, die organisatorische Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland aufzugeben. Wenn die Organe der EKD im Osten nicht mehr wirken können, so liegt das ausschließlich an dem Zwang politischer Mächte, die sie daran hindern.

Ziffer 3 ist so gefaßt, als hätten bislang die Kirchen in der DDR unter "Steuerungen und Beeinflussungen von westlicher Seite" gelitten. Sie waren frei in ihren Entscheidungen, wie sie es auch jetzt sind. Brüderlichen Rat, Mahnung und Zuspruch hat es immer gegeben und wird es in der Kirche zur gegenseitigen Hilfe auch weiterhin geben.

Die Kirche hat gewiß nicht die Aufgabe, selber konkrete politische Ziele zu verfolgen. Aber so lange wir hüben und drüben durch Bande des Volkstums, des Glaubens, der Familien und unserer gemeinsamen Geschichte verbunden sind, werden Christen darum bitten und dahin wirken, daß diese Gemeinsamkeit sich frei entfalten darf."

Zum Aufsatz von Staatssekretär Dr. Walter Strauss über das Thema "GRENZEN DES RECHTSPOSITIVISMUS", "Evangelische Verantwortung" II/69, schrieb D. Dr. Wilhelm Stählin D.D., Universitätsprofessor und Altbischof von Oldenburg, aus Prien am Chiemsee folgenden Brief:

"Vor Jahren war ich aufgefordert, in einem größeren (nicht-theologischen) Kreis eine Betrachtung über das "Recht" im Alten Testament vorzutragen. Mein erster Gedanke wandte sich der Psalmstelle (Ps. 94, 15) zu "Recht muß doch Recht bleiben", zumal dieser Vers seinerzeit in den Auseinandersetzungen der Kirche mit den "Rechts"-Vorstellungen des Nationalsozialismus eine erhebliche Rolle gespielt hatte.

Die Beachtung des hebräischen Textes fördert aber einen eigentümlichen Sachverhalt zutage: Das, was herkömmlicher Weise beide Male mit dem gleichen Wort "Recht" wiedergegeben wird, sind im Hebräischen zwei verschiedene Vokabeln, von denen die eine (im Wesentlichen) die menschliche Rechts-Setzung und Rechtsprechung, die andere aber das Recht als eine jeder menschlichen Rechtsprechung vorgeordnete (göttliche) Gerechtigkeit bezeichnet; und das Verbum, das die beiden Begriffe miteinander verbindet, heißt auf keinen Fall "bleiben", sondern bedeutet vielmehr "umkehren" oder "sich bekehren". Der Sinn dieses Verses ist also: Die menschliche Rechts-Setzung und Rechtsprechung muß immer wieder umkehren zu einer ihr vor- und übergeordneten Gerechtigkeit, die selbst allen Zufälligkeiten und Fehlentwicklungen menschlichen Urteilen entnommen ist. Die übliche Übersetzung "Recht muß Recht bleiben" (die auch in der revidierten Fassung beibehalten ist), ist also nur in dem Sinn richtig, daß das tatsächlich geltende und gesprochene "Recht" nur dann Recht bleibt, wenn es immer wieder zu einer ihm übergeordneten Instanz, einem nicht von Menschen gemachten und von Menschen verwalteten Recht zurückkehrt und zurückfindet. Dieser Gedanke verliert auch nicht dadurch sein Gewicht, wenn wir uns klarmachen, daß wir keineswegs in einer fehlerlosen und unwandelbaren Weise erkennen, was in jenem letzten Sinn vor Gott rechtens ist."

Zu dem Beitrag "SACRAMENTUM INITIATIONIS", Verfasser: Pfarrer Dr. Kurt F.W. Schluckebier, "Evangelische Verantwortung" III/69, ging uns von Pfarrer Dr. theol. M. Ludwig aus Schweinfurt folgender Leserbrief zu, den wir leicht gekürzt unseren Lesern zur Kenntnis bringen:

"Weithin kann dem Verfasser zugestimmt werden, vor allem in den ersten Absätzen, wo die Problemlage und der historische Befund skizziert werden. Indessen lassen die folgenden "drei Gesichtspunkte", wie an der möglichen Praxis der Kleinkindertaufe festgehalten werden könne, erhebliche Wünsche offen.

1. Die Taufe hat nach dem Neuen Testament nicht den "Charakter des Angebots und des Zeichens". Die Berufung auf die

"vorauslaufende Gabe Gottes" läuft auf eine theologische Verkürzung des Wesens des Taufsakraments hinaus. So sehr sie etwas Richtiges enthält, so sehr wird sie doch, so einseitig vorgetragen, zur Beruhigungsspiel, die wir nicht ohne Vorbehalte schlucken dürfen. Die Taufe hat nach dem Neuen Testament und der urchristlichen Praxis ganz offensichtlich den Charakter des Bekenntnisses als persönliche Entscheidung des Täuflings wie als seine feierliche, öffentliche Erklärung. Schon von daher kann sie nicht verwechselt werden mit einem "flachen Initiationsritus in eine Körperschaft oder Institution zukünftiger Kirchensteuerzahler", wie weiter oben der Verfasser sehr richtig bemerkt. Das gesprochene Glaubens-Bekenntnis gehört unablösbar zu jeder Taufe.

2. Die heute aufgebrochene "Unruhe um die jahrhundertealte Praxis der Kleinkindertaufe" beruht auf der offensichtlichen Not und der geistlichen Anfechtung, die in der Massenvolkskirche bundesdeutscher Prägung jedem gewissenhaften Pfarrer zu schaffen macht: wie es mit dem Bekenntnis des Glaubens seitens der die Taufe ihrer Kinder begehrenden Eltern steht.

Wenn Dr. Schluckebier sehr richtig von dem "Familienbezug" der Taufe und von ihrem "Gemeindebezug" schreibt, so hätten gerade in diesen "Bezügen" sehr wesentliche Fragenkreise angesprochen werden müssen: die Notwendigkeit des Taufgesprächs, die Rolle des Patenamtes und die Überwindung ihrer weithin so laxen Handhabung, die mitunter dringend gebotene Taufversagung, genauer des Taufaufschubs seitens der für die rechte Verwaltung des Sakramentes verantwortlichen Amtleute der Kirche - diese schon als weithin sichtbares "Zeichen"! und der mit der Kleinkindertaufe eng zusammenhängende Kinder- und Jugendkatechumenat.

Daß diese - und andere - Fragenkreise empfindlich im ganzen Zusammenhang fehlen, hat seinen Grund darin, daß der Familienbezug ins Treffen geführt wird, ohne klar zu definieren, was damit gemeint bzw. nicht gemeint ist, und daß ungeschützt von "Gemeinde" geredet wird, ohne sie abzugrenzen, das heißt ohne deutlich zu machen, daß sie ihr spezifisches Gewicht hat und nicht mit einem zerfließenden Gebilde verwechselt werden darf, das die biblischen Merkmale der Gemeinde Gottes vermissen läßt.

3. Wie wir beim Sakrament des Altars von Haus aus eine "Abendmahlszucht" kennen und gelten lassen, so müssen wir heute lernen, uns daran zu gewöhnen, daß es so etwas auch bei dem Sakrament der Taufe gibt. Mit dem Begriff "Sacramentum Initiationis" wird man ihm eben einfach nicht gerecht; das riecht zu stark nach vereinsmäßigem und individualistisch-liberalem Denken. Das "Sakrament" setzt sich zusammen aus dem "ewigen" (zuvorkommenden) Gnaden-Handeln des Herrn und dem dankbar - gehorsamen (aktiven) Daraufeingehen des Menschen.

4. Nicht einzusehen ist, wieso die "Taufe als Kleinkindertaufe zur Existenz (!) der Volkskirche gehört", d.h. "der offenen Kirche des Volkes für das breite Volk". Ganz abgesehen davon, daß man zu einer solchen Schau der Kirche von der Sicht des Neuen Testaments her ein Fragezeichen setzen kann, ließe sich eine "Volkskirche" in dem genannten Sinne durchaus mit der Abkehr von der Kleinkindertaufe oder doch mit fakultativer Kindertaufe denken.

In dieser Hinsicht lassen die - sonst so dankenswerten Ausführungen des Verfassers einiges an präziser Erfassung der Problematik vermissen. Nach meiner Erkenntnis geht es nicht in erster Linie um "ein breiteres Angebot der Formen des Taufvollzugs" und die "öffentliche Breitenverkündigung des Evangeliums" - das ist viel zu sehr von außen und von der zu konservierenden Massenvolkskirche her geurteilt - sondern um die Wahrheitsfrage und um eine Entscheidung, die die Kirche mutig und gehorsam treffen muß, will sie nicht einer Verwischung ihrer Konturen und damit der Verkennung ihrer Sendung und der Lähmung ihrer volksmissionarischen Stoßkraft zum Opfer fallen."

Desweiteren schreibt uns unser Leser Konrad Hunger aus Erlangen zur gleichen Frage u.a.:

"Ich halte die Kindertaufe, einleitend zur später erfolgenden Konfirmation als ein geschichtlich persönliches Ereignis, das zu der Geschichte der evangelischen Kirche in unmittelbarem Zusammenhang steht. Mag sein, daß die Aufnahmefähigkeit im frühesten Kindesalter mit Null beginnt und erst die Lernfähigkeit über das, was zu tun und zu lassen ist, den Zeitpunkt einer geregelten Verpflichtung bestimmt. Werden die ersten Urkunden der ersten Amtshandlungen feinsäuberlich aufbewahrt, so ist auch die erste Ordnung geschaffen. Da Kindestaufe und erste schulische Erziehung (ich nenne hierbei den kirchlichen Kindergarten) gar nicht soweit der Zeit nach voneinander entfernt sind, bin ich dafür, daß die Kindertaufe beibehalten wird."

Zu den Beiträgen von Dr. Eberhard Amelung und Uwe-Rainer Simon "ÜBER DIE ORDNUNG UND SITUATION AN DEN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN" nahm unser Leser Leonhard Ehemann aus Auernhofen Stellung. Er schreibt unter der Überschrift: "Hochschul- und Jugendprobleme"

"Die beiden Artikel über die Situation bzw. die Ordnung an den deutschen Hochschulen schneiden Probleme an, die für die Zukunft unseres Volkes von entscheidender Bedeutung sind. Besonders die Ausführungen von Herrn Uwe-Rainer Simon scheinen mir folgerichtig und wirklichkeitsnah aus der praktischen Arbeit abgeleitet zu sein.

Für unsere Generation, die als Schüler und Studenten das Wachsen des Extremismus links und rechts erlebt hat und schließlich die "Machtergreifung" durch den Nationalsozialismus und ihre Folgen

in Krieg und Gefangenschaft hat ertragen müssen, ist die Paralleli-
tät der Ereignisse und Parolen von damals und heute eine nicht weg-
zuleugnende, erschreckende Wirklichkeit. Mit der Parole "Kampf dem
Regime" wurde damals das Gleiche angestrebt wie heute mit dem
"Kampf dem Establishment". Devisen und Methoden gleichen sich so
sehr, daß der Ersatz des Wortes "Regime" durch das Wort "Establish-
ment" nicht über die Tatsache hinwegtäuschen kann, daß es sich heu-
te wie damals um das gleiche Ziel handelt: Zerstörung der beste-
henden demokratischen Ordnung, um diese durch eine Diktatur zu er-
setzen. Auch bei den Zielen des Linksradikalismus muß von der an-
gestrebten Diktatur gesprochen werden, denn Lenin selbst spricht
von der Diktatur des Proletariats als der Herrschaft der Minder-
heit über die Mehrheit. Es werden heute wie damals die demokrati-
schen Rechte und die Freiheit, die unser Staat jedem Bürger ge-
währt, dazu mißbraucht, diese Rechte und diese Freiheit in Frage
zu stellen und schließlich zu zerstören. Es wird Freiheit gefor-
dert, um mit brutaler Gewalt, dem Volk die Freiheit zu nehmen.

Im Gegensatz zu Herrn Simon glaube ich aber nicht, daß tiefgrei-
fende Reformen der Gesellschaft hier entscheidend zu einer Änderung
der Situation beitragen könnten. Wo weltanschauliche Dinge, wie
hier, wo Theismus und Atheismus aufeinanderprallen und miteinan-
der ringen, kann der entscheidende Erfolg auch nur auf dem Gebiet
der geistigen Auseinandersetzung erzielt werden. Die Berechtigung
der Forderung nach gesellschaftlichen Reformen bzw. einer Weiter-
entwicklung, die sowohl dem technischen wie dem geistigen und so-
zialen Fortschritt unserer Zeit entspricht, kann dabei keines-
wegs in Abrede gestellt werden. Es ist das Recht und das natür-
liche Verlangen der Jugend zu forschen und nach neuen besseren
Wegen auf allen Gebieten des Geisteslebens, der Wirtschaft wie
der Politik zu suchen. Gerade für die geistig bewegliche Jugend
ist die Pilatusfrage auch heute noch die entscheidende Frage und
wird es wohl auch immer sein.

Hier aber müssen wir ganz sachlich feststellen, daß die Jugend,
die unter den Einfluß des dialektischen Materialismus geraten ist,
systematisch geschult und bearbeitet wird bis sie zu einem Stand-
punkt kommt, daß sie nicht einmal mehr objektiv sehen will, wie
es mir gegenüber einmal ein junger Abiturient ausdrückte. Da muß
es sich schließlich heute bitter rächen, daß es die ältere Gene-
ration unterlassen hat, die heranwachsende Jugend im und über den
dialektischen Materialismus hinreichend zu unterrichten. Diskus-
sionen sind gut und nützlich, sie werden aber, wenn sie mit füh-
renden Leuten des SDS geführt werden sollen, zu keinem Ergebnis
führen, weil diese die Verlogenheit ihrer eigenen Weltanschauung
nicht sehen wollen. Es sollte aber nicht vergessen werden, daß die
dialektische Schulung eine wesentliche Voraussetzung ist, wenn un-
sere Jugend vor allem an den Hochschulen das Rüstzeug haben soll,
um sich gegen die geschulten Dialektiker des dialektischen Materi-
alismus behaupten zu können. Hierzu Hilfen zu geben wäre eine
dankbare Aufgabe für alle, die sich mit diesen Fragen schon hin-
reichend beschäftigt haben. Hier liegt eine echte Aufgabe für al-
le Institutionen, die sich mit politischer oder geistiger Schulung
befassen. Wenn es sich auch hier in erster Linie um geistige Aus-
einandersetzungen handelt, so darf doch nicht übersehen werden,
daß gerade die extreme Linke - sei es nun im SDS oder in anderen
Organisationen - diese geistigen Auseinandersetzungen nicht will
und an ihre Stelle die Demagogie, ja die brutale Gewalt setzt.

In diesem Beitrag habe ich versucht, einige Gedanken aufzuzeigen,
die sonst leider immer zu wenig berücksichtigt werden."

DIE 15. BUNDESTAGUNG IM SPIEGEL DER PRESSE

Über die Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises wurde auch in diesem Jahr in der deutschen Presse sehr ausführlich berichtet. Aus der Fülle der vorliegenden Presseberichte seien einige hier aufgeführt:

Zum Theologengespräch meinte die "RHEINISCHE POST":

"Professor Thielicke hatte am Vorabend der Tagung im traditionellen Theologengespräch eine vorbehaltlose Bestandsaufnahme gefordert und sich mit Erfolg bemüht, produktiven Ärger zugunsten der Diskussion zu spenden. Studentenfarrer Stöhr hatte ohne Provokation, aber eindringlich die Thesen der Protestierenden vorgetragen. Damit war der weite Spannungsbogen zwischen den auf Bewahrung und den auf Veränderung drängenden Kräften markiert. Und es gelang, was heute selten ist, ein Gespräch, das die Berechtigung der Unruhe durchaus als notwendig anerkannte, aber ihr da die Grenze zog, wo es ihr nur um das Einreißen geht, ohne daß neue werdende Konturen sichtbar gemacht werden können."

In der "FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG" vom 24.3.69 war zu lesen:

Für manchen Beobachter im Evangelischen Arbeitskreis stellten sich interessante Bezüge zwischen Mikats Plädoyer für einen möglichst großen Spielraum der gesellschaftlichen Gruppen im Staat und Schröders dezidiert Absage an jede Wahlrechtsänderung her. Schröder nutzte aber in Düsseldorf auch jede Gelegenheit, um dem Mißverständnis vorzubeugen, sein Votum gegen das Mehrheitswahlrecht präjudiziere seine Vorstellungen über die nächste Koalitionsbildung in Bonn. Er sprach vom harten Sachzwang, der unter Umständen aus einer bestimmten Wählerentscheidung folgen könne."

Der "SÜDKURIER" erklärte zur Tagung u.a.:

"Waldemar Besson wertete die Unruhe der jungen Generation als ein befruchtendes Element für unsere Gesellschaft, allerdings unter der Voraussetzung, daß die "Rebellen" ein Mindestmaß an Loyalität und Solidarität mit dem Gemeinwesen bewiesen. Er rief dazu auf, den "Wölfen zu wehren, die Mündigen zu lieben". Nötig sei eine Politik, die versuche, Ordnung und Freiheit in eine sinnvolle Verbindung zu bringen."

Im "INDUSTRIEKURIER" vom 22.3.69 hieß es:

"Der Evangelische Arbeitskreis versucht von dem konservativen Image wegzukommen und eine fortschrittlichere Linie einzuschlagen. Das kommt schon äußerlich in der Aufmachung der Tagung zum Ausdruck und das findet auch seinen Niederschlag in der Wahl der Themen und Diskussionsredner. Darunter finden sich auch einige prominente Wortführer des politischen Katholizismus. Hier deutet sich gegenüber früheren Tagungen ein entschiedener Stilwandel mit inhaltlichen Konsequenzen an."

Die "SÜDDEUTSCHE ZEITUNG" schrieb am 24.3.69:

"Die Veranstaltung (öffentliche Schlußkundgebung des Evangelischen Arbeitskreises in der Düsseldorfer Rheinhalle) wurde von kleineren Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition gestört. Bundeswissenschaftsminister Stoltenberg, der die Kundgebung leitete, gelang es jedoch, sich mit der Androhung durchzusetzen, er werde von seinem Hausrecht Gebrauch machen, wenn es zu weiteren "organisierten Störversuchen" komme."

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stammer
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen

Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CSU/CSU
53 Bonn/Rh., Am Hof 28, Ruf: 02221-57001

Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplare erbeten